

POLITISCHE JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG BILDUNG

2 | 23

DEMOKRATIEBILDUNG



Deutschland: € 18,90, Österreich: € 19,60, Schweiz: sFr 23,80

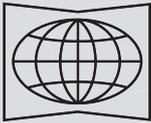


Vierteljahreszeitschrift | 13. Jahrgang | Sommer 2023 | D 22350

© Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.



WOCHEN
SCHAU
VERLAG



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

STANDARDWERKE



ISBN 978-3-7344-0951-6, 368 S., € 39,90
PDF: ISBN 978-3-7344-0952-3, € 35,99
EPUB: ISBN 978-3-7344-1075-8, € 35,99

Andreas Kost, Peter Massing, Marion Reiser (Hg.)

Handbuch Demokratie

Das Handbuch bietet eine umfassende politikwissenschaftliche Einordnung des Begriffs „Demokratie“. Die Autor*innen gehen der Frage nach, was die Demokratie als politisches System auszeichnet. Dazu werden theoretische Grundlagen ebenso berücksichtigt wie aktuelle Herausforderungen. Was macht das Demokratiemodell der Bundesrepublik Deutschlands im Vergleich zu anderen Typen moderner Demokratien aus? Wie kann Demokratie aussehen – in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft? Als Nachschlagewerk für Multiplikatoren der politischen Bildung ermöglicht das Buch das gezielte und systematische Erschließen einzelner Themenfelder mit Fokus auf zentralen Begriffen und Kernkonzepten. Es ist ein Muss für alle, die unsere Demokratie verteidigen wollen. Denn nur wer sie versteht, kann sie verteidigen.

„Herausgebern und Autoren ist ein rundum überzeugendes Werk gelungen. Die Demokratie wird in all ihren Facetten beleuchtet, und das auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes.“ (Joachim Detjen, POLITIKUM)

„Es ist ein bemerkenswert fundiertes Buch, sehr gut aufgebaut, umfassend und kritisch gestaltet.“ (Heike Ließmann, hr-INFO)

„Seit langem kein so spannendes Fachbuch mehr gelesen! [...] Hoffe, dieses Buch wird ein weitgelesener Bestseller, auch für Privathaushalte.“ (Ute Leonards, Univ. of Bristol)



Hg. von Andreas Petrik
und Stefan Rappenglück
ISBN 978-3-7344-0421-4,
336 S., € 39,80



Hg. von Wolfgang
Sander
ISBN 978-3-89974852-9,
624 S., € 49,80



Hg. von M. Th. Meßner,
M. Schedelik und T. Engartner
ISBN 978-3-7344-0644-7,
240 S., € 28,00



Hg. von Klaus-Peter Hufer
und Dirk Lange
ISBN 978-3-89974943-4,
368 S., € 29,90



Inhalt

MitDenken

- 4 Elena Maier
Kritische demokratische Bildner*innen?
Selbstwahrnehmung von Bildner*innen in der (macht-)kritischen politischen Bildung

SchwerPunkt

Demokratiebildung

- 10 Rupert Graf Strachwitz
Demokratie entwickeln! Ein Plädoyer für eine neue Demokratiepolitik
- 14 **Begriffe der Demokratie**
Elisabeth Richter: Demokratiebildung •
Tilman Grammes: Demokratiepädagogik •
Elisa Walter/Katrin Ehnert: Demokratieförderung
• Benedikt Widmaier: Politische Jugend- und
Erwachsenenbildung
- 26 **Stellungnahmen zum Demokratiefördergesetz**
Bundeszentrale für politische Bildung •
Amadeu Antonio Stiftung • DVPB • Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus • Cultures interactive • bap/GEMINI
- 38 Dieter Nittel
Ausgeklammert. Die Marginalisierung der politischen Bildung im Spiegel des Nationalen Bildungsberichts 2022

BildungsPraxis

- 42 Kai Dietrich
Jung und rechts. „Rechtsoffene“ Jugendliche zwischen Normalität und Außeralltäglichkeit
- 48 Fabian Müller
Extremismuspräventive Demokratieförderung und politische Bildung im ländlichen Raum. Argumente aus der Praxis einer Partnerschaft für Demokratie
- 52 Kathrin Fehse/Maximilian Lorenz
Wie Demokratie in Kooperationsprojekten erfahrbar wird. Kooperationen als tragende Säule der Demokratiebildung



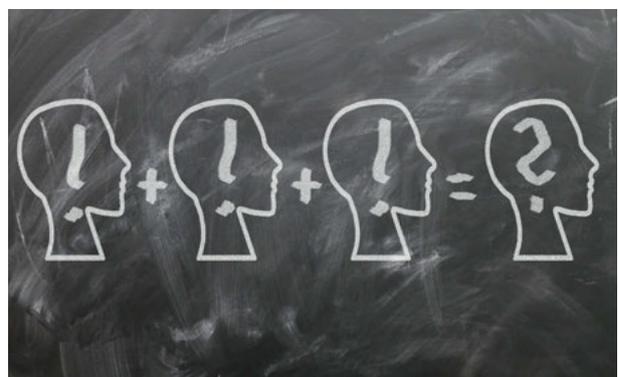
MitDenken

- 4 **Selbstverständnis politischer Bildner*innen**
Die Reflexion von Selbst- und Weltwahrnehmung sollte genuiner Bestandteil des Professionsverständnisses von politischen Bildner*innen sein. Elena Maier stellt dazu die Ergebnisse einer explorativen Studie vor.



SchwerPunkt

- 10 **Neue Demokratiepolitik**
Rupert Graf Strachwitz wirbt für eine *andere* Demokratieentwicklung in der Bundesrepublik und fragt kritisch, welchen Beitrag ein Demokratiefördergesetz dazu leisten kann und sollte.



SchwerPunkt

- 14 **Schlüsselbegriffe**
Elisabeth Richter, Tilman Grammes, Elisa Walter und Katrin Ehnert sowie Benedikt Widmaier setzen sich in vier Einzelbeiträgen mit der Terminologie von politischer Bildung auseinander und skizzieren die wichtigsten Schlüsselbegriffe.



SchwerPunkt

26 Positionen zum Demokratiefördergesetz

Akteur*innen ausgewählter Organisationen der politischen Bildung reflektieren den Entwurf zum neuen Demokratiefördergesetz der Bundesregierung im Rekurs auf Anerkennung, Kritik und Vorschläge, die bei der weiteren Bearbeitung Berücksichtigung finden sollten.



BildungsPraxis

42 Arbeit mit „rechtsoffenen“ Jugendlichen

Kai Dietrich setzt sich in seinem Beitrag sensibel mit der Bildungsarbeit mit jungen „rechtsoffenen“ Menschen auseinander und schaut dabei auch kritisch auf Reproduktionsräume von Rechtsoffenheit in der Gesellschaft.



ZeitZeugen

56 Machtkritische Bildungsarbeit

Wie eine machtkritische Bildungsarbeit gelingen kann, die nötig ist, um sich in einer ambivalenten Welt verantwortungsbewusst zu bewegen, entfaltet Evelyn Linde am Beispiel ihrer Arbeit im F3_Kollektiv.

2/2023

ZeitZeugen

56 Evelyn Linde

F3_kollektiv. Bilden, suchen, verändern

VorGänge

- 60 Anhörung – Demokratiefördergesetz / Interesse junger Menschen an Geschichte / Wie weiter mit der Demokratieförderung?

LeseZeichen

- 66 Neuer Sozialtypus prägt das Protestmilieu / Politische Bildung wider die Neutralitätsideologie / Politikdidaktische Impulse: Politische und religiöse Dimensionen gemeinsam denken / Leerstelle politische Sozialisation?

ÜberGrenzen

74 Fikri Anil Altıntaş

Politische Bildung braucht Begegnung.

Junge Menschen auf postmigrantischer Europa-Reise

AusBlick

- 78 Umfrage zu Partizipation und Repräsentation von Frauen in Deutschland / SVR-Integrationsbarometer / Neuer Podcast zur politischen Erwachsenenbildung / Lagebericht „Rassismus in Deutschland“ u.a. / Personen & Organisationen



JOURNAL für politische Bildung
Geplante Schwerpunktthemen:

Autoritäre Versuchungen

Bildungsstätten

Utopien

Wird es in Deutschland eine zivilgesellschaftlich orientierte Demokratieförderung geben?



Harald Weilnböck (Dr. habil.) ist Mitbegründer von Cultures Interactive e. V. und in dem Verein für die Strategieentwicklung und internationale Vernetzung zuständig. Er ist seit vielen Jahren sowohl national als auch international anerkannter Experte für intensivpädagogische Extremismusprävention und Distanzierung. – Silke Baer ist Mitbegründerin und Geschäftsführerin von cultures interactive e. V. Ihre Schwerpunkte sind jugendgerechte, offen-narrative und phänomenübergreifende Zugänge der politischen Bildung und Ansätze der Präventions- und Distanzierungsarbeit, auch mit Blick auf Genderspekte. Seit 2020 leitet sie die Fachstelle Rechtsextremismusprävention fa:rp (farp.online).

Cultures interactive e. V. (CI) ist ein bundesweiter Träger, der zu den Schwerpunkten der jugendkulturellen politischen Bildung, pädagogischen Intervention, frühen Distanzierung, Prävention sowie Politikberatung für junge Menschen arbeitet.

Die zentralen Anliegen, die Cultures Interactive e. V. im Beteiligungsprozess zum Demokratiefördergesetz vorbringen möchte, betreffen die Stellung der Zivilgesellschaft. Diese begreifen wir als den eigentlichen Kern einer lebendigen, selbstfürsorgenden Demokratie, die den subsidiären staatlichen Maßnahmen vorgelagert ist. Bedeutet doch Subsidiarität, dass der Staat nicht tun oder bestimmen sollte, wozu die Zivilgesellschaft selbst in der Lage ist oder wozu sie in die Lage versetzt werden kann. Diesem Verständnis folgend monieren wir diejenigen Aspekte des Gesetzesentwurfes (und des ihm vorangehenden „Maßnahmenkatalogs des Kabinettausschusses“ 2020), die eine Schwächung des Faktors Zivilgesellschaft zur Folge hätten und die die gebotene Gewalten- und Funktionsteilung in einer Demokratie gefährdeten.

ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Hierbei soll auch dem Risiko vorgebeugt werden, dass die Institutionalisierung – und Verbetrieblichung – von staatlicher Demokratieförderung paradoxerweise zu ernstlichen Beschädigungen der demokratischen Grundsubstanz führen kann. Denn der geschichtliche Moment birgt Potenziale und Risiken zugleich. Deshalb darf, wer der Flughöhe des Handelns mit Gesetzeskraft gerecht werden will, nicht in den Tiefen von teils

unbedachten Maßnahmen des ministerialen Verwaltungshandelns in der bisherigen Extremismusprävention verbleiben.

Zwei Risikopunkte sind besonders hervorzuheben:

1. Demokratieförderung und Extremismusprävention brauchen eine eigenständige, zivilgesellschaftlich und wissenschaftlich basierte Qualitätsentwicklung. Der im „Maßnahmenkatalog“ (2020) formulierte Beschluss, zur Evaluation der zivilgesellschaftlichen Träger ein „Bundesinstitut Qualitätssicherung“ im „Zuständigkeitsbereich“ des BMI einzurichten, führte in eine grundlegend falsche Richtung. Denn eine nachgeordnete Behörde oder Struktur des ministerialen „Zuwendungsgebers“ könnte weder die erforderliche Vertrauensgrundlage und funktionsgeteilte Eigenständigkeit noch die wissenschaftliche Unabhängigkeit gewährleisten, die für nachhaltige Evaluationen unabdingbare Grundvoraussetzungen sind. Dessen ungeachtet setzt aber noch der derzeitige Gesetzesentwurf voraus, dass die „Programme [...] in Verantwortung der Zuwendungsgeber [...] evaluiert [werden]“. Dabei wirft doch das im Aufbau befindliche Zentrum für Analyse und Forschung (ZAF) am Bundesamt für Verfassungsschutz bereits die besorgniserregenden Schatten einer Forschung

jenseits von akademischer Wissenschaftsfreiheit und Forschungsethik voraus.

Angemessenere – und demokratieförmigere – Verfahrensweisen der Qualitätssicherung können aber aus dem Bereich des Kinder- und Jugendplans (KJP) der Bundesregierung (oder aus Bereichen wie z.B. der Psychotherapie) bezogen werden. Denn dort wird Qualitätsentwicklung eigenständig und „innerverbandlich“ durch die freien Träger und Praktizierenden selbst bzw. durch entsprechende Berufsverbände umgesetzt. Dies erfolgt unter Wahrung der im SGB VIII geforderten „Trägerautonomie“ und in Zusammenarbeit mit der freien Wissenschaft (vgl. KJP-Richtlinien). Die Einrichtung eines Berufsverbands der Praktizierenden in der Demokratieförderung/Prävention könnte zudem auf den seit Jahrzehnten geförderten Bundesarbeitsgemeinschaften und Kompetenznetzwerke aufbauen. Deren wichtige Vorarbeit zur Struktur- und Qualitätsentwicklung ginge ansonsten verloren (Weilnböck 2022a).

- Das Demokratiefördergesetz sollte eine entschiedene Umkehr der besorgniserregenden „Versicherheitlichung“ in der politischen Bildung und präventiven Intervention vollziehen. Zwar grenzt sich der jetzige Gesetzesentwurf ausdrücklich von „Maßnahmen der Polizei- und Ordnungsbehörden (und) Nachrichtendienste“ sowie von „Zwecken der Gefahrenabwehr“ ab. Jedoch können nur konsequent formulierte Durchführungsverordnungen jene Verquickungen von Ermittlungs- und Strafverfolgungsvollzügen mit den fürsorgenden Handlungsbereichen der Bildung und psychosozialer Arbeit revidieren, die unter dem allzu geläufigen Stichwort der ‚Koope-ration von Zivilgesellschaft mit Sicherheitsbehörden‘ eingerichtet worden sind. Diese betrifft vor allem die „gemeinsamen Fallkonferenzen“, die seit der vergangenen Dekade der sogenannten „Islamismus“-Prävention durchgeführten werden. Denn hierin sehen sich zivilgesellschaftliche Ausstiegs-Berater*innen veranlasst, den Sicherheitsbehörden personenbezogene Auskünfte und Einschätzungen über Klient*innen zu übermitteln, nachdem diese mit dem „polizeilichen Arbeitsbegriff“ des „Gefährders“ belegt wurden (Weilnböck 2022b). Dabei wirft dieses Verfahren offenkundig ernstliche (grund-)rechtliche sowie Datenschutz-Fragen auf,

verursacht untragbare berufsethische Dilemmata und hat gravierende gesellschaftliche Auswirkungen zur Folge. Wird doch durch diese Fallkonferenzen die Reputation – und damit auch die Reichweite und Wirksamkeit – des Angebots der vertraulichen Ausstiegs- und Rehabilitationsarbeit beschädigt. In der untunlichen Verschmelzung des polizeilichen mit dem pädagogisch-therapeutischen Handlungsbereich zeichnen sich beinahe die Konturen eines Präventions-Polizei-Staates ab. Ganz zu schweigen von der im Grunde beschämenden Tatsache, dass bisher beinahe ausschließlich Personen aus muslimisch konnotierten Bevölkerungsgruppen diesen Fallkonferenzen unterzogen wurden (Weilnböck 2023). Anstatt solche Fallkonferenzen zu ermöglichen, stünde es unserem demokratischen Staat gut zu Gesicht, das seit Jahrzehnten geforderte Zeugnisverweigerungsrecht für die soziale Arbeit einzuführen (ebd.).

Der hoffnungsvolle Gesetzesentwurf könnte aber bereits in sprachlicher Hinsicht neue Zeichen setzen. Er könnte z. B. auf das historisch belastete Attribut der „Wehrhaftigkeit“ verzichten (Weilnböck 2022c) und anstatt dessen von lebendiger, selbst-fürsorgender [...] Demokratie sprechen. Er könnte es auch unterlassen, „weite Teile der Gesellschaft zur Früherkennung“ zu animieren, und sich stattdessen auf die Vermittlung von Fähigkeiten zu Dialog, Engagement und Konfliktbearbeitung konzentrieren. Und die zuständige Ministerin könnte vermeiden, die „Zivilgesellschaft“ als „eines der stärksten Bollwerke gegen Extremismus“ und „Verfassungsfeinde“ in Stellung zu bringen (Nancy Faeser bez. „Demokratiefördergesetz“, 14. Dez. 2022). Denn „Wehrhaftigkeit“, „Früherkennung“ und „Verfassungsfeinde“ beziehen sich auf hoheitliche Aufgaben der Sicherheitsbehörden. Zivilgesellschaft, demokratischer Diskurs, (politische) Bildung und psychosoziale Arbeit müssen davon klar unterschieden werden!

Literatur

Weilnböck, Harald (2022a-c): Unter <https://cultures-interactive.de/de/positionenkommentare.html> finden Sie ausführlichere Positionen und Kommentare zu den genannten Punkten.

Weilnböck, Harald (2023): „Are we sliding into a prevention-police state?“ – Exit counselling, inter-agency and the unalienable confidentiality of prevention and rehabilitation interventions (in Vorbereitung).



**WOCHENSCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung



Norman Böttcher, Daniel Katzenmaier, Max Temmer (Hg.)

Selbstorganisierte politische Jugendarbeit im Konflikt

Ein halbes Jahrhundert Jugendzentrum in Selbstverwaltung
Friedrich Dürr Mannheim

Der 50. Geburtstag des Jugendzentrums Friedrich Dürr wird zum Anlass genommen, um Einblick in die vielfältige Praxis selbstorganisierter politischer Jugend(bildungs)arbeit zu erhalten. Autor- und Künstler:innen sind zumeist ehemalige und aktuelle Aktive des JUZ. Neben der solidarischen Würdigung des Engagements der JUZ-Aktiven ist es Anspruch und Ziel des Bandes, den historischen Konfliktlinien nachzuspüren und aktuelle Herausforderungen aufzuzeigen. Die Texte und Bilder reflektieren zugleich kritisch pädagogisches Konzept und politische Praxis im Jugendzentrum. Klar wird: Selbstverwaltung ist keine Denkmalpflege.

ISBN 978-3-7344-1566-1
264 S., € 34,90

ISBN PDF 978-3-7566-1566-7
€ 33,99

IMPRESSUM – JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Herausgegeben wird das JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG (ein Zusammenschluss von *kursiv* und *Praxis Politische Bildung*) vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap)* e.V., vertreten durch Wilfried Klein (Vorsitzender), und dem Wochenschau Verlag, vertreten durch Bernward Debus.

Verleger: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus

Redaktionsleitung: Jennifer Hübner, journal@wochenschau-verlag.de

Redaktion und Kontaktdaten:

Prof. em. Dr. **Benno Hafener**, Philipps-Univ. Marburg, forscht zu Jugend und außerschul. Jugendbild., benno.hafener@journal-pb.de • **Ole Jantschek**, M.A., pädag. Leiter der Evangel. Trägergruppe für gesellschaftspol. Jugendbildung, ole.jantschek@journal-pb.de • **Julia Riedel**, M.A., Referentin für pol. Bildung und U18 beim Dt. Bundesjugendring e. V., julia.riedel@journal-pb.de • Dr. **Jana Trumann**, wissensch. Mitarbeiterin im Fachgebiet Erwachsenenbildung/Pol. Bildung, Univ. Duisburg-Essen, jana.trumann@journal-pb.de • **Benedikt Widmaier**, M.A., 1998–2022 Direktor des Hauses am Maiberg, benedikt.widmaier@journal-pb.de • Jun.-Prof. Dr. **Alexander Wohnig**, Juniorprofessur für Didaktik der Sozialwissenschaften, Univ. Siegen, alexander.wohnig@journal-pb.de

Beiträge und Meinungsäußerungen zur Diskussion sind erwünscht. Die Annahme setzt voraus, dass die Verfasserin/der Verfasser denselben Gegenstand nicht gleichzeitig an anderer Stelle behandelt oder den Beitrag bereits anderweitig veröffentlicht bzw. zur Veröffentlichung eingereicht hat. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Urheberrecht: Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Verlag und Vertrieb: WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Eschborner Landstr. 42-50, 60489 Frankfurt/M., Geschäftsführung: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Silke Schneider. Bestellungen und Fragen zum Abonnement richten Sie bitte an info@wochenschau-verlag.de, Tel.: 069/7880772-0, Bestellungen von Einzelheften an wochenschau@brocom.de oder Tel.: 07154/1327-30.

Förderung: Die Zeitschrift wird aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.



Bezugsbedingungen: Es erscheinen 4 Hefte jährlich.

Einzelheftpreis € 18,90; Jahresabonnement € 64,00; alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten. Kündigung 8 Wochen (30. April bzw. 31. Oktober) vor dem Ende des aktuellen Abrechnungszeitraums. Bankverbindung: Volksbank Weinheim, Kto. 000 127 0907, BLZ 670 923 00, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNM. Wir empfehlen die preiswerteste und bequeme Zahlung im Lastschriftverfahren.

Anzeigen: Wochenschau Verlag, anzeigen@wochenschau-verlag.de, Tel.: 069/7880772-0, Fax: 069/7880772-25

Grafische Gestaltung: Klaus Ohl, Wiesbaden. **Titelbild:** © fotomek – stock.adobe.com
WOCHENSCHAU Verlag, Dr. Kurt Debus GmbH, Frankfurt/M.

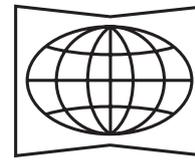
Digitale Ausgabe: ISBN 978-3-7566-0050-2 | ISSN (Print) 2191-8244 | ISSN (Online) 2749-4888 | DOI <https://doi.org/10.46499/2233>
www.journal-pb.de | journal@wochenschau-verlag.de | www.wochenschau-verlag.de | www.bap-politischebildung.de | info@bap-politischebildung.de

*Mitgliedsorganisationen des bap

Amadeu Antonio Stiftung • Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke e.V. (**ADB**) • Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (**AKSB**) • Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute e.V. (**OWI**) • Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (**AdB**) • Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V. (**AL**) • Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V. (**DEAE**) • Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. (**BVRE**) • Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. (**DVPB**) • Deutscher Bundesjugendring e.V. (**DBJR**) • DGB-Bildungswerk e.V. • Deutscher Volkshochschulverband e.V. (**DVV**) • Evangelische Akademien in Deutschland e.V. (**EAD**) • Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (**FES**) • Gesellschaft der Europäischen Akademien e.V. • Gustav Stresemann Stiftung e.V. (**GSI**) • Hanns-Seidel-Stiftung e.V. • Karl-Theodor-Molinari Stiftung e.V. • Katholische Erwachsenenbildung Deutschland e.V. (**KEB**) • Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (**KAS**) • Netzwerk für Demokratie und Courage (**NDC**) • Naturfreunde Deutschlands e.V. • Politischer Arbeitskreis Schulen e.V. (**PAS**) • Stiftung Mitarbeit • Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. (**TGD**) • Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e.V. (**VBLR**) • Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. (**VdRBw**) • ver.di Gewerkschaft Politische Bildung gGmbH (**ver.di GPB**) • Verein zur Förderung politischen Handelns e.V. (**v.f.h.**) • Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (**VDK**)

POLITISCHE BILDUNG

JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG



**WOCHENSCHAU
VERLAG**

LIEFERBARE
HEFTE u.a.

Einzelpreis je Heft: €18,00

E-Book (PDF): € 13,99

